

Zur Emanzipation der rheinhessischen Juden

von Dr. Dieter Hoffmann

Familie Baum ist im Ghetto von Minsk umgekommen. Nur Tochter Liselotte Rosenthal konnte Deutschland rechtzeitig verlassen. Als sie von ihrer Jugend im rheinhessischen Alzey berichtete, beantwortete sie eine meiner Fragen besonders eindringlich: Warum ihr Vater sich so spät zur Auswanderung entschloß, obwohl er ein ansehnliches Weingut besaß und bei dessen Verkauf die nötigen Mittel gehabt hätte? Ihre Antwort war eine Erinnerung. An warmen Tagen sei eine Bank unter dem mittelalterlichen Schloßtor, das zum Besitz ihrer Familie gehörte, nach Feierabend des Winzers liebster Platz gewesen; dort habe er einen Schoppen Wein getrunken und sich mit den zufällig Vorbeikommenden unterhalten. Nur ein Bild aus Frau Rosenthals Gedächtnis, mit dem sie erklärte, warum Eltern und Bruder nicht mehr aus Deutschland herauskamen. Und doch beschreibt es Bindungen, die allzuoft unberücksichtigt bleiben, wenn man erklären will, warum so viele Juden ihr Land nicht rechtzeitig verließen, um das eigene Leben zu retten.

Erst allmählich setzt sich das Wissen durch, daß deutsche Juden sich als Bürger unseres Landes, oft als deutsche Patrioten fühlten. Nicht nur in Großstädten, wo Juden für ihre kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Leistungen bekannt wurden, sondern auch auf dem Lande lebte eine jüdische Bevölkerung, die sich ihrer deutschen Nation völlig zugehörig fühlte. Besonders in den westlich des Rheins gelegenen Städten und Gemeinden gehörten jüdische Bürger ununterscheidbar zur Einwohnerschaft: Hier, an Deutschlands Rand, hatte die Emanzipation seiner jüdischen Minderheit begonnen.

Der Anstoß dafür war von außen gekommen, als Folge der Französischen Revolution. 1792 hatten deren

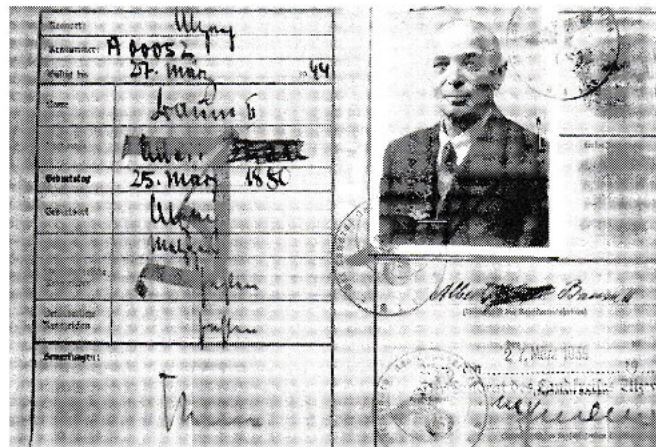
Truppen vorübergehend Teile des linksrheinischen Deutschland besetzt, im Herbst 1794 kamen sie zurück und blieben für zwei Jahrzehnte; die Annexion der westrheinischen Gebiete wurde 1795 durch Preußen im Frieden von Basel, 1797 durch Österreich im Frieden von Campo Formio anerkannt. Eine der Reformen, die dem annektierten Land das Ende der Feudalherrschaft brachten, bedeutete für eine bis dahin rechtlose und verachtete Minderheit einen völlig neuen Rechtsstatus: 1791 hatte ein Dekret der Pariser Nationalversammlung den Juden die vollen Menschen- und Bürgerrechte zugesprochen. Diese rechtliche Gleichstellung galt fortan auch für die jüdischen Bürger in den deutschen Gebieten der französischen Republik.

Für die Juden bedeutete dies, daß ihre Randexistenz in rechtlicher wie

„Schutzbrief“ ihm und seiner Familie „Schutz und Schirm“ zusicherte. Nur ein Sohn erhielt den Schutzbrief des Vaters, wenn dieser sich zur Ruhe setzte oder starb, ein höchst wirksames Mittel zur Regulierung der jüdischen Bevölkerung, welches zur Folge hatte, daß jüngere Söhne von Ort zu Ort ziehend ihr Dasein fristen mußten. Besonders diese Betteljuden hatten in der alten Gesellschaft ein elendes, völlig rechtloses und niemals sicheres Leben. Aber auch die besser gestellten „Schutzjuden“ besaßen keine Möglichkeit, dem gesellschaftlichen Abseits zu entkommen, von sozialem Aufstieg ganz zu schweigen - ein armer Jude war in der voremanzipatorischen Gesellschaft die elendeste aller menschlichen Kreaturen, ein jüdischer Kaufmann konnte in der sozialen Rangordnung unter einem christlichen Aussenseiter rangieren.

Die ständig von Austreibung bedrohten Schutzjuden wurden von ihren Herren fast nach Belieben finanziell ausgepreßt. Der Schutzbrief mußte erworben werden, meist für ein Jahr, und faktisch bekamen die ansässigen Juden nichts anderes als lediglich ein Aufenthaltsrecht. Doch neben dem beträchtlichen, je nach Höhe des Einkommens festgesetzten Schutzgeld wurden den Juden weitere Abgaben auferlegt. Die Judenschaft mußte alle 12 Jahre eine „Judenkonzession“ kaufen, die er-

forderliche Summe war mittels einer Umlage von ihren einzelnen Mitgliedern aufzubringen. Außerdem hatten Juden bei jedem wichtigen Lebensereignis (Hochzeit, Kindbett, Beschneidung, Begräbnis) eine Zahlung zu leisten, das sogenannte „Judensoll“. Als vierte regelmäßige Abgabe mußten jüdische Kaufleute für die Benutzung der Straßen ein Geleitgeld zahlen, angesichts häufig zu besuchender Märk-



Albert Baums Personalausweis. Mit Frau Rosa und Schwester Frieda wurde er im September 1942 nach Polen in den Tod deportiert.

sozialer Hinsicht ein Ende zu nehmen begann. Jahrhundertlang hatten sie als Außenseiter gelebt, nicht einfach am Ende, sondern außerhalb der sozialen Rangordnung lebend; Kontakte zu ihrer Umgebung hatten sich fast ausschließlich auf solche geschäftlicher Art beschränkt. Ein Jude war im Ancien Regime kein Bürger; seine Ansiedlung wurde lediglich geduldet, wenn der jeweilige Landesherr in einem

te und Messen ebenfalls ein wichtiger Einnahmefaktor für die herrschaftlichen Kassen; gegenüber ihren christlichen Konkurrenten entrichteten Juden freilich ein Vielfaches (in der Kurpfalz 1 Gulden gegenüber 1 Albus, d.h. das 26fache).

Die Juden, wegen des Verbots von Handwerk und Landbesitz zu Handelsberufen gezwungen, zahlten auch noch, wenn die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht waren. Denn nicht nur versuchten Konkurrenten des öfteren, die zuständige Bürokratie vom Nutzen einer Judenaustreibung zu überzeugen; auch ein Landesherr, der bei „seinen“ Juden Geld geliehen hatte, konnte mit deren Vertreibung zugleich die eigenen Schulden vermindern. Die Juden fungierten als unfreiwillige und verdeckte Steuereinnahmer für ihre Herren; deutlich sah ihre Benachteiligung schon der als Sohn eines evangelischen Pfarrers im kurpfälzischen Wendelsheim geborene und aufgewachsene Magister Laukhard: „Wer von Crösus Schätzen reichlich hat, dessen Einsicht und Gewandtheit steht der Einsicht und Gewandtheit der aus Noth, wegen der übrigen christlichversperrten Nahrungswege, herumschachernden Israeliten gemeinhin nach.“ Trotz des für die „Schutzjuden“ lebensnotwendigen Geschäftssinnes müssen Wucherfälle selten gewesen sein, wie das Ergebnis einer in der gesamten Kurpfalz 1676 durchgeführten Wucherinquête zeigt: Derartige Geschäfte seien nicht bekannt geworden. Das kurpfälzische Oberamt Alzey schickte die Berichte von 45 Gemeinden nach Heidelberg „mit Vermeldung, daß sie (*die Bauern, D.H.*) ihre Juden von dergleichen Krempelgeschäften /:wie wohlten solches nicht glaublich:/ keine pensiones bezahlen“ - selbst die pfälzischen Beamten konnten kaum glauben, daß die jüdischen Händler Salz, Stoff und Vieh lieferten und den auf Saisoneinnahmen



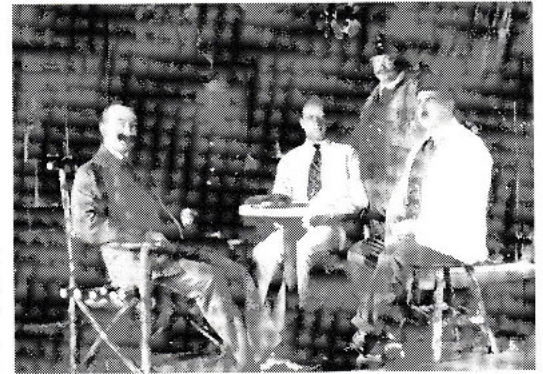
Alter Judenfriedhof von Alzey vor der Stadtmauer gelegen. Aquarell um 1850.

angewiesenen Bauern mit der Bezahlung Zeit ließen, ohne Zins zu berechnen.

Seit der Römerzeit hatten Juden am Rhein gelebt, um das Jahr 1000 existierten jüdische Gemeinden in Mainz und Worms (dessen alter Judenfriedhof mit seinen bis zu einem Jahrtausend alten Grabsteinen neben der 1034 erbauten, neun Jahrhunderte danach zerstörten und später wiederaufgebauten Synagoge das beeindruckendste

und zugleich schönste Zeugnis der langen jüdischen Siedlungsgeschichte am Rhein ist). Mit der Ausbreitung der Schutzbriefe und deren Kommerzialisierung begannen Juden auch in Landgemeinden zu siedeln (in Bingen vor 1000, in Oppenheim 1241, in Alzey spätestens 1305), und die Verbreitung der Juden wurde dadurch beschleunigt, daß sie auf Druck christlicher Konkurrenten die Städte verlassen mußten: Ihnen blieb der, im Vergleich zu den städtischen Geschäften, kümmerliche Landhandel. Die - trotz wiederholter Austreibungen - jahrhundertlange Kontinuität jüdischer Ansiedlung ist ausschließlich auf die kaum faßbare Zersplitterung der Territorien zurückzuführen. Es gab allein fünf verschiedene Typen von Gebiets Herrschaften - kurmainzische, kurpfälzische, dazwischen vielfach verstreut reichsunmittelbare sowie vom Kaiser an verschiedene Rheingrafen übertragene Gebiete, schließlich die Freien Reichsstädte -, und vertriebene Juden wurden meist von einem benachbarten Herrn aufgenommen. Sichere Einnahmen für die herrschaftliche Kasse und ihr dem Land nützlich Kaufmännisches Wissen führten dazu, daß Juden sogar gezielt angesiedelt wurden; in der Kurpfalz geschah dies nach dem 30jährigen Krieg, um die Verwüstung und Entvölkerung des schwer getroffenen Landes zu überwinden. Übrigens zogen damals Juden aus Polen und der Ukraine, wo sie zu Tausenden massakriert wurden, an den Herkunftsort ihrer Vorfahren zurück; diese waren ihrerseits Jahrhunderte zuvor wegen der Massenmorde, die an Juden im Zusammenhang mit den Pestepidemien begangen wurden, vom Rhein nach Osten geflohen.

Die „Franzosenzeit“ setzte diesen Verhältnissen ein Ende



Jüdische Alzeier trafen sich in englischer Gefangenschaft. Erster Weltkrieg.

und leitete eine völlige Veränderung der Existenz der jüdischen Bevölkerung ein. Die frühe Emanzipation im Westen Deutschlands eröffnete den Juden den Weg vom Rand in die Gesellschaft hinein. Sie konnten einen sozialen Aufstieg beginnen, der für ihre religiös separierten, ökonomisch fixierten und sozial marginalisierten Vorfahren, die in Armut verharren mußten, unmöglich gewesen wäre, und sich allmählich vom Stigma der als minderwertig angesehenen Andersgläubigen lösen, allerdings nie völlig befreien. Es läßt sich beobachten, daß sie von Anfang an ihre neuen Rechte als Bürger erkannten und beanspruchten; 1797 richtete die Alzeier Judenschaft eine Beschwerde an die Zentralverwaltung des Departement Donnersberg, in der sie erklärten, „alle bürgerliche Lasten von der Stunde an, als sie in diese Rechte eintreten würden, tragen“ zu wollen. Das selbstbewußte Aufbegehren gegen den Stadtrat, der die jüdischen Bürger noch wie Schutzjuden behandeln wollte, hatte Erfolg. Doch so wie die allgemeine Liberalisierung für die Juden die Eröffnung neuer Lebenschancen bedeutete, bewirkte sie auch eine beginnende Distanzierung von den religiösen Bräuchen der Vorfahren, und dies meist schon von einer Generation zur nächsten. Die Verringerung der Differenz wurde von den Juden schon in der „Franzosenzeit“ erwartet: Als Preis für die Gleichberechtigung sollten sie die Angleichung an ihre Umgebung leisten und auf diesem Wege ihre Eingliederung erreichen. Dieser Prozeß bestimmte fortan das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit; an seinem Ende beherrschte er das Bewußtsein der jüdischen Bürger, und mit gutem Grund läßt sich sagen, daß dies eher eine Bürde als ein Vorteil für sie wurde.

Auch nach der Vertreibung der Franzosen blieben die Juden Bürger links des Rheins, denn das in den ehemals

französischen Gebieten geltende Recht blieb unangetastet. Wie Heinrich von Gagern, der in Monsheim ansässige spätere Präsident der Frankfurter Nationalversammlung meinte, hätten die betroffenen Regierungen eingesehen, „daß die unter der Fremdherrschaft gewonnenen Rechtszustände für die deutschen Lande des linken Rheinufer als ein wesentlicher Gewinn zu betrachten seyen, gegen dessen Opfer man im Tausche nichts zu bieten habe“. Für die Juden Preußens, Bayerns und des Großherzogtums Hessen-Darmstadt bedeutete dies, daß sie westlich des Rheins ohne weiteres die Bürgerrechte besaßen, östlich des Stroms dagegen nicht, ja bei einem Umzug über den Rhein dieses Recht kurioserweise erlangen bzw. verlieren konnten.

Die Wirkung der frühen Emanzipation zeigt sich unter anderem im Anwachsen der jüdischen Bevölkerung. In ganz Deutschland wuchs diese vom Beginn bis zur Mitte des 19. Jh. um ein Drittel auf ca. 400 000, in Rheinhessen verzweieinhalbfachte sie sich im selben Zeitraum auf knapp 10 000; der jüdische Bevölkerungsanteil betrug hier 4,2 % und war damit rund viermal so hoch wie im deutschen Durchschnitt. Daß Juden damals aus anderen Teilen Deutschlands ins Linksrheinische kamen, zeigt eine Anweisung des großherzoglich-hessischen Innenministeriums in Darmstadt von 1829, wonach Juden kein Handelspatent mehr bekämen, die „bei ihrer Reception als Staats- und Orts-Bürger angaben, sich lediglich durch den Betrieb eines Handwerks, einer Kunst oder des Ackerbaues und der Landwirthschaft ernähren zu wollen“, dann aber doch den „Schacherhandel“ wiederaufgenommen hätten. Es zogen also Juden über den Rhein, die bei ihrer Ankunft zu Bürgern wurden, jedoch große Schwierigkeiten oder wenig Interesse hatten, dem Drängen der Darmstädter Regierung nach sozialer Angleichung (in den damals üblichen Worten „bürgerliche Verbesserung“) nachzugeben und andere Berufe zu ergreifen.

Mit der Bevölkerungszunahme ist ein Aufschwung der jüdischen Landgemeinden zu beobachten. 1875 hatte Dr. Rothschild, Rabbiner des „Großherzoglich-Hessischen Rabbinats Alzey“, insgesamt 2427 „israelitische Seelen“ zu betreuen, darunter die der Nachbarstadt Oppenheim; nicht weniger als 27 Synagogen bzw. Bethäuser gehörten zu seinem Rabbinat; seine

eigene Gemeinde weihte 1854 eine neue, schöne Synagoge „in maurischem Style“, zu deren Errichtung die gesamte Alzeyer Einwohnerschaft beigetragen hatte; um dieselbe Zeit hatte das Rabbinatsstädtchen rund 360 jüdische Einwohner, was einem Bevölkerungsanteil von knapp 8 Prozent entsprach.

Mit der Verbesserung ihrer Lage wuchs das Selbstbewußtsein der jüdischen Bürger. Im Gefolge der Revolution von 1848, die auch das eher schläfrige Darmstädter Großherzogtum erschütterte, wurde schließlich allen jüdischen Einwohnern die rechtliche Gleichstellung zugestanden. Schon seit Jahren hatten liberale Abgeordnete aus der linksrheinischen Provinz im hessischen Landtag für dieses Recht gekämpft. Sie wurden unterstützt, mitunter vorangetrieben von den jüdischen Gemeinden. Als der neue, liberale Regierungschef von Gagern im März 1848 sein Programm verkündete, schrieb der Vorstand der Alzeyer Jüdischen Gemeinde an den von Worms, hier sei „blos die freie Ausübung aller religiösen Kulte“ versprochen. Damit „die gesetzliche Gleichstellung ihrer Bekenner in politischer und bürgerlicher Beziehung“ erreicht werde, sei es „höchst an der Zeit, daß wir ungesäumt in Gemeinschaft energische Schritte tun. Der Moment ist günstig, wer weiß, ob er je wiederkehrt“. So sprechen kaum die Vertreter einer eingeschüchterten Minderheit, auch hatten diejenigen, welche dies äußerten, selbst diese Rechte ja bereits. Die Gießener Gemeinde, deren Mitglieder noch ohne Gleichberechtigung waren, schlug eine Eingabe an die Regierung vor und hoffte, den Juden Hessens werde nun „die Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern bewilligt werden“. Dies wies der Wormser Gemeindevorstand in überheblichem Ton zurück: „Wir sind bei dieser ganzen Bewegung von dem Grundsatz ausgegangen, unsere Sache nicht von der allgemeinen Volksache zu trennen, denn eine Emanzipation der Gesamtheit kann unmöglich, wenn sie prinzipiell durchgeführt werden soll, die Emanzipation einer Glaubensgemeinschaft ausschließen“. Diese Haltung erscheint durchaus klug und begründet; doch ist unübersehbar, daß der arrogante Glaube, die Situation besser beurteilen zu können, in dem Gefühl wurzelte, das die rheinischen Juden sich ihren Glaubensgenossen um die 50 Jahre voraus wähnen ließ, welche die Emanzipation in ihrem Ge-

biet früher begonnen hatte.

Die frühe Gleichberechtigung, ihre im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands bessere Rechtsstellung hatte dazu beigetragen, daß jüdische Bürger ein Selbstbewußtsein entwickelten, wie es bisher niemand bei Vertretern dieser benachteiligten Minderheit, zumal im 19. Jahrhundert, vermutete. Sehr früh konnten Juden öffentliche Wahlämter übernehmen, für deren Erlangung das Selbstvertrauen des Bewerbers ebenso wichtig ist wie die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit. Bereits 1846 wurde ein jüdischer Bürger in den Städten Bingen und Alzey Stadtrat; 1849 bekam Worms einen Juden als Bürgermeister, Ferdinand Eberstadt; 1866 zog Rudolf Bamberger für den Wahlkreis Wörrstadt in den Darmstädter Landtag ein; 1868 siegte Adolf Metz, katholisch getauft doch jüdischer Abstammung, „spielend“ bei den Wahlen zum Zollparlament im Wahlkreis Bingen-Alzey; ab 1871 vertraten zwei jüdische Abgeordnete über zwanzig Jahre lang diesen Wahlkreis im Reichstag. Selbst unter den beiden christlichen Religionen kam es zu Rivalitäten, die durch die Einbeziehung der nichtchristlichen Religion entstanden. Als Rabbiner Dr. Rothschild eine Andacht bei der Schlußfeier der Realschule halten durfte, kommentierte die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, „die ultramontane (katholische) Partei“ habe „großes Ärgernis daran genommen, um so mehr jubelt die liberale (evangelische)...“.

Das Übergewicht der Protestanten, damals mit den Liberalen gleichgesetzt, bewog einen der bedeutendsten Politiker jüdischer Abstammung im Kaiserreich, bei der Reichstagswahl 1874 den Wahlkreis Bingen-Alzey zu wählen, der (so Ludwig Bambergers Biograph Stanley Zucker) „während der 1870er Jahre von einer überwältigend liberalen Einstellung war, mit schwacher Opposition durch die katholische Partei, weil Katholiken nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten“. Bambergers Gegner mochten nicht darauf verzichten, ihn wegen seiner Abstammung anzugreifen; aus Kirchenkreisen wurde anti-jüdische Propaganda eingesetzt, und besonders Katholiken verunglimpften ihn heftig und planmäßig. Viel Rückhalt fand er unter evangelischen Geistlichen und in der liberalen Presse. Doch machte der aufkommende Rassismus Bamberger zu schaffen, in dessen Wahlkreis gezielt antisemitische Hetzer geschickt wurden; nach Einschät-



Emil Liebmann als Soldat um 1890.

zung Zuckers ließ ihn „nur die außergewöhnliche Loyalität seiner Wählerschaft und die Tatsache, daß er der letzte nicht-sozialdemokratische jüdische Abgeordnete im Reichstag war“, den Wahlkampf des Jahres 1890 nicht scheuen, obwohl dies sein „Herzenswunsch“ gewesen wäre, wie er einem Freund schrieb. Erst Hetzreden der Antisemiten im Reichstag, die „drei Viertel meiner Kollegen nicht stören“, wie Bamberger mit „Empörung und Verabscheuung“ feststellte, ließen den namhaften Liberalen auf die nächste Kandidatur verzichten. Trotz der Kampagnen der Antisemiten blieb die Bevölkerung in Bambergers Wahlkreis auch nach dessen Rückzug erstaunlich unbeeindruckt von den rassistischen Parolen: Otto Böckel, einer der bekanntesten Rassisten, mit antisemitischem Programm für die Gegend um Marburg im Reichstag, trat 1893 in Bingen-Alzey an und erhielt ganze 389 Stimmen (2,4 %).

Allerdings zahlten die Juden einen hohen Preis für ihre Eingliederung in die Umgebung. Schon in den 1840er Jahren verstand kaum ein Besucher der Alzeyer Synagoge Hebräisch, und 1870 verlangte Rabbiner Dr. Rothschild in einem Buch zum „Synagogal-Cultus“ die Einführung des Deutschen im jüdischen Gottesdienst. Ja, er sah den Grund für die Ablehnung dieser Forderung „nur in einer kranken Sympathie für die hebräische Sprache, wie in ihrer gemißdeuteten Heiligkeit“. Sicher hat den Rabbiner die Erfahrung in seiner Gemeinde zu dem Urteil gelangen lassen, ein allgemeines Verständnis des Gottesdienstes und das Interesse seiner Besucher sei nur zu erhalten, wenn Gebete in Hebräisch „nur in möglichst

kleiner Zahl von einem möglichst geringen Umfang vorhanden sein dürfen“. Die Sprache ist Medium und Identifikationsmittel einer Kultur; daß die jüdische Bevölkerung und ihr religiöser Führer sich so abrupt davon entfernten, weist auf die Kehrseite der frühen Gleichstellung. Eine liberale Umgebung erlaubte den Juden, sich einzugliedern und erwartete von ihnen zugleich, so zu werden wie sie selbst. Sehr schnell kamen die Juden den Erwartungen sich anzugleichen nach; fast möchte man von Übereifer sprechen. Eingliederung und Angleichung hießen die beiden Schienen eines Verbürgerlichungsprozesses, der die Juden in die Gesellschaft hineinführte und sie dem Wunsch, respektiert und akzeptiert zu werden, bis zur Preisgabe der eigenen Kultur folgen ließ. Die deutsch-jüdischen Bürger, die sich weder in patriotischer Gesinnung noch in sozialem Handeln etwas vormachen ließen, standen dem Land ihrer Geburt weit näher als dem Glauben ihrer Großeltern. Sie waren die Spitze eines aufgeklärten Bürgertums, das am Rhein auch auf dem Lande einmal existierte. Ihrer politischen Haltung korrespondierte ihre religiöse Einstellung - zuletzt gehörten von etwa 50 Synagogen in Rheinhessen nur jeweils eine in Mainz bzw. Worms der orthodoxen Richtung an.

Die Angleichung war der Preis, den die jüdischen Bürger für ihre Integration zahlten. So beschreibt Elisabeth Langgässer, die in Alzey aufwuchs, den in der rheinischen Kleinstadt „A.“ lebenden Protagonisten ihres Romans „Das unauslöschliche Siegel“: „Einige Zeit darauf sah man Belfontaine über den Roßmarkt in der Richtung des Schloßkellers schlendern. Er trug einen leichten, graublauen Filzhut, der zu dem Anzug paßte und mit dunklerer Litze eingefaßt war; eine Perle in der Krawatte und Schuhe mit Wildledereinsatz; seine Linke schlug ab und zu mit einem Paar Handschuhen gegen den Schenkel, die Rechte hatte er halb in seinem Jackett vergraben. So gab er den Anblick eines gepflegten, mit sich zufriedenen Mannes ab, nicht eigentlich eines Kaufmanns, aber auch keines Beamten; sicherlich keines Künstlers, doch eines kunstempfindlichen Menschen, vielleicht eines Architekten, wofür man Belfontaine schon auf Reisen öfter gehalten hatte“.

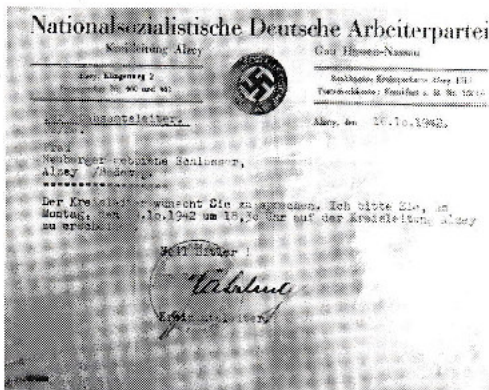
Kaum zufällig ähnelt der Name der Romanfigur dem der damals angesehensten jüdischen Familie Belmont, und wirklich verwob die Schriftstellerin eini-

ge Wesenszüge von jüdischen Einwohnern der Kleinstadt, darunter ihr Vater, ein vom Judentum zum Katholizismus konvertierter Baurat, zur Person Belfontaines. So manches findet sich wieder im Leben bekannter jüdischer Bürgerfamilien, wie sich aus Dokumenten und Gesprächen rekonstruieren läßt. Zum Beispiel die Familie Joseph Liebmanns: 1827 hatte der frühere Soldat bei den „Chevaux Legers“ sein Textilgeschäft gegründet. 50 Jahre später ließ er sich mit seinen Kindern beim Fotografen ablichten, sichtlich in der besten Kleidung: Abgebildet ist eine Bürgerfamilie, durch nichts von ihrer Umgebung verschieden, es fehlt der geringste Hinweis auf ein Bekenntnis und damit verbundene Traditionen; äußerlich erscheint die Angleichung an die Umgebung in diesem Bild bereits vollendet. Adolph, sein Sohn, wurde Erster Beigeordneter seiner Stadt, auch Enkel Emil war für die liberale Partei im Stadtrat. Emil Liebmann, den die Bevölkerung nach seinem Sieg im Gauturnfest auf den Schultern vom Bahnhof hinab in die Stadt trug, war ein glühender Patriot; noch 1921 zeigt ihn ein Foto mit dem „Es-ist-erreicht“-Bart Kaiser Wilhelms II. Sein Sohn Erich, der in den USA lebt, tröstet sich noch heute mit dem Gedanken, daß sein Vater 1924 starb und nicht mehr erleben mußte, wie seine Welt zertrümmert wurde.

Nicht nur das Heimat- und Zugehörigkeitsgefühl jüdischer Bürger wird nicht mehr wahrgenommen. Auch die beim liberalen Teil der Bevölkerung einmal vorhanden gewesene Bereitschaft, Rechte der Minderheit zu ver-



Hochzeitsfoto von Emil und Laura Liebmann 1901.



Die Nachbarin von Marianne Strauß wurde zur NSDAP-Kreisleitung bestellt und verwart, da sie noch weiterhin Kontakt zu Juden unterhielt.

teidigen, ist eine verschüttete Tradition. Ludwig Bamberger war vom in Alzey erscheinenden Beobachter unterstützt worden; zur Reichstagswahl 1893 griff das Blatt „gewerbsmäßige Judenhetzer“ an, „die von der Judenhetze in Wort und Schrift ihren Unterhalt beziehen“, so durchs Land zögen und mit Schauermärchen aller Art versuchten, Stimmung gegen die Minderheit zu machen. Ein „jammervolles Armuthszeugnis für Christenthum und Deutschtum“ bedeute es, wenn man glauben zu machen suche, „99 Prozent Christen“ ließen sich „von einem einzigen Prozent Juden übervortheilen und beherrschen“. Daß die Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, nämlich „Gleiches Recht für Alle!“, nur für alle oder keinen gelte, war noch dreißig Jahre später Konsens unter liberalen Bürgern gleich welcher Konfession.

Als 1920 einer der bekanntesten Antisemiten Deutschlands, der aus Gießen stammende Dr. Ferdinand Werner, zu agitieren versuchte, berichtete der Mainzer Oberstaatsanwalt, in Alzey habe eine antisemitische Wahlveranstaltung stattfinden sollen, „die von einem Unbekannten einberufen worden war und schon bei der Eröffnung gesprengt wurde“. Ein - nichtjüdischer - Anwesender habe die Versammelten gefragt, „ob sie den fremden Herrn sprechen lassen wollte(n), der gegen eine einzige Menschenklasse hetze“. Die Antwort sei „ein vielstimmiges ‚Nein‘“ gewesen, es habe „einen allgemeinen Aufbruch“ gegeben, wobei „einige Leute zur Bühne eilten, wo Dr. Werner und seine Begleiter Platz genommen hatten. Einer von den Herren und Dr. Werner sind dabei mißhandelt worden“. Es stehe fest, „daß in Alzey Juden und ihre Anhänger die Angreifer waren. Von einem Vorfall in Alzey oder andernwärts in Rheinhessen, in dem die Juden in einer öffentlichen Ver-

sammlung belästigt worden seien, ist hier nichts bekannt“.

Es gab gemeinsame Verteidigung von jüdischen und christlichen Liberalen gegen die Hetze der Rassisten, es gab ein Selbstbewußtsein der Individuen - allerdings eines, das mehr von der deutschen bzw. rheinischen Identität abhing als von der jüdischen. Weitere Zwischenfälle deuten darauf hin, daß das Bewußtsein für eigene Rechte wie auch die Bereitschaft zu deren Verteidigung verbreitet waren. Etwa der Einsatz des Richard Kahn, der sich mit

einem aus Darmstadt gekommenen NS-Agitator nach dessen Auftritt in einem Alzeyer Wirtshaus am Silvesterfest 1929 anlegte, „Genugtuung für die Beleidigungen“ gegen die Juden verlangte und mit seinem Gegner in einen heftigen Kampf geriet. Der jüdische Bürger war aufgebracht und selbstbewußt genug, den Rassisten anzugreifen, was er schwerlich getan hätte, wenn derartige Veranstaltungen damals bereits die Regel gewesen wären; allerdings mußte der 24jährige seinen Einsatz mit dem Leben bezahlen.

Oder die Aktion der Kaufleute, die kurz vor Hitlers Ernennung ein Flugblatt („Deutscher Christ, hör und bedenke, Kauf nie beim Juden Christgeschenke!“) verbieten ließen und gegen dessen Urheber Strafanzeige stellten. Nun verunglimpft das in Nürnberg erscheinende Antisemitenorgan „Stürmer“ unter dem Titel „Judas Handlanger in Alzey“ die Kaufleute und forderte sie auf, aus ihrem Verein die Demokraten zu entfernen: „Zeigt den Baab und Konsorten, was der Deutsche von jenen Artvergessenen hält, die in schicksalsschwerer Zeit sich zu jener Rasse hingezogen fühlen, die den Tod Deutschlands will.“ Der erwähnte Kaufmann wehrte sich in einer Anzeige, die an Heiligabend des Jahres 1932 in den (der NSDAP nahestehenden!) „Rheinhessischen Volksblättern“ erschien: Er sei seit sieben Jahren Vorstandsmitglied des Kaufmannsvereins; dessen aus 14 Herren bestehender Vorstand habe einstimmig beschlossen, die einstweilige Verfügung gegen das Flugblatt zu erwirken. Es hätten sich „schwer um ihre Existenz ringende Mitglieder des Vereins Alzeyer Kaufleute geschädigt“ gefühlt - die jüdischen Kaufleute -, und der Vorstand habe lediglich seine Pflicht getan, „die er gegen alle Mitglieder

erfüllen muß“. Unpathetisch fügte der Kaufmann hinzu, die Angriffe der Nationalsozialisten auf ihn würden „von allen gerecht denkenden Geschäftsleuten ... bestimmt nicht zu meinem Nachteil ausgelegt werden“.

Die regionale Stärke von Liberalismus und Emanzipation gab den Juden noch am Ende der Weimarer Republik mancherorts Rückhalt, aber gleich nach dem Beginn der Diktatur wurden sie wie überall in Deutschland verfolgt, gequält und ermordet. Sicher war die Zahl überzeugter oder gewalttätiger Antisemiten zunächst gering. Doch je mehr die Diktatur die Gesellschaft durchdrang, desto feindlicher wurden den Juden ihre Mitmenschen, lange vor der „Endlösung“. Systematisch wurden den Juden ihre Rechte als Staatsbürger und als Menschen genommen, und fast alle, die sich Freunde genannt hatten, wandten sich von den Verfemten ab, um nicht als „Judenfreund“ zu gelten. Wen die allgegenwärtige rassistische Hetze nicht gegen Juden einnahm, den überzeugten die durch deren Verschwinden zu erlangenden Vorteile, etwa durch die „Entjudung“, wie die unter Druck vorangetriebene Verschleuderung der Geschäfte, Häuser und Grundstücke jüdischer Deutscher genannt wurde. Nicht zu vergessen: Mit den jüdischen Bürgern verschwand eine Bevölkerungsgruppe, die sich, wenngleich eine kleine Minderheit, auch im lokalen Rahmen sehr für die Stärkung liberaler Ideen eingesetzt hat. Mit den jüdischen Bürgern verschwand der rheinische Liberalismus, wie er sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts entwickelt hatte.

Die Erinnerung an eine glückliche Zeit, war sie das nun wirklich gewesen oder nicht, lastete schwer auf den Ausgestoßenen: Wie sollte jemand, der sich in seinem Land integriert gefühlt, sich darum fast bis zur Selbstverleugnung bemüht hatte, verstehen, daß die Religionszugehörigkeit unter dem Namen „Rasse“ das Leben der Juden wieder bestimmte? Wie sollte jemand wie der Metzger Albert Baum, der zusammen mit Frau und Schwester im September 1942 in den Tod deportiert wurde, erkennen, daß er weniger Rechte besaß als Seligmann Raphael, der Großvater seines Urgroßvaters, der 1695 als Kind eines „Schutzjuden“ in Alzey geboren worden war?

Quelle:
Dr. Dieter Hoffmann, „... wir sind doch Deutsche.“ Zu Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen, Alzey 1992.